

Bezugspreis:

Für den Monat August 90.— M. voraus jährlich. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Genua und Bremen...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kompatibilität Seite 25.— M. Reklameweile 125.— M. „Kleinanzeigen“ das selbige...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Mittwoch, den 9. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Lloyd George gegen Poincaré.

Es ist anzunehmen, daß die Londoner Konferenz noch im Laufe des heutigen Tages in ein entscheidendes Stadium tritt. Die Sachverständigen haben ihre Untersuchung der französischen Vorschläge beendet...

Die Entente gefährdet!

London, 9. August. (EP) Gestern abend 9,15 Uhr tief der Privatsekretär Lloyd Georges, Sir Grigg, die Vertreter der englischen Presse in die Downingstreet und erklärte ihnen, daß Lloyd George entschlossen sei, das Programm Poincarés abzulehnen...

Paris, 9. August. (W.B.) Haas berichtet aus London: In britischen Kreisen erklärte man offen, daß die englische Regierung heute den gesamten Plan Poincarés zurückweisen werde...

Paris, 9. August. (G.) Der Berichterstatter des „Veit Journal“ ist überzeugt, daß die Italiener und Japaner mit den Engländern stimmen werden. Poincaré stehe auf der Gegenseite...

Ein Memorandum der Sachverständigen.

Paris, 9. August. (W.B.) In der Morgenpresse werden Einzelheiten über die gestrigen Beratungen des Londoner Sachverständigenausschusses bekanntgegeben. Nach dem „Veit Parisien“ sind die wesentlichen von Poincaré unterbreiteten Vorschläge die folgenden:

- 1. 26prozentige Abgabe von dem durch die deutsche Ausfuhr erzielten Eingang an ausländischen Devisen; 2. Ausbeutung der deutschen Zolleinnahmen; 3. 60 Prozent Abgabe des Aktienkapitals der am linken Rheinufer gelegenen chemischen und Farbfabriken; 4. Beschlagnahme der Staatsbergwerke und Staatswälder auf dem linken Rheinufer; 5. Wiederaufrichtung der Zollschranke am Rhein und im Ruhrgebiet; 6. Erhebung von Steuern auf dem linken Rheinufer;

7. Stärkere Kontrolle der Reichsbank, und verschiedene andere Maßnahmen von geringerer Bedeutung.

Die Sachverständigen hätten die Ziffern und Statistiken miteinander verglichen. Der Berichterstatter des „Veit Parisien“ glaubt zu wissen, daß die von den französischen Vertretern vorgelegten Zahlen mit einer Ausnahme als richtig anerkannt wurden.

Die 26prozentige Abgabe auf ausländische Devisen, die dem Garantiefomitee ausgestellt werden soll, sei gemeinsam auf 1250 Millionen Goldmark im Jahre abgeschätzt worden; 2. der Ertrag der deutschen Zolleinnahmen sei ungefähr auf 300 Millionen Goldmark festgesetzt worden;

Was die Einnahmen der Staatsbergwerke und Staatswälder anlangt, so seien die Ziffern stark angezweifelt worden. Die englischen Sachverständigen demotrierten, der Versuch allein, sie einer internationalen Körperschaft anzuvertrauen, dürfe schon eine Verminderung ihres Ertrages herbeiführen.

Die neue Zollschranke lehnten die Engländer ab, da sie eine ernste wirtschaftliche Störung herbeiführen würde. Ihr Ertrag würde nur in Papiermark erstattet werden können, mit der die Reparationskommission nichts anfangen könnte.

Lieferung von Holz und Kohle. — Umgeänderte Ausfuhrabgabe?

London, 8. August. (W.B.) Es verlautet, daß aus dem Bericht des Sachverständigenausschusses hervorgehen werde, daß die Mehrheit des Ausschusses gegen den französischen Vorschlag betreffend die Errichtung einer Zollschranke und ebenso gegen die Auslieferung von Steuern im besetzten Gebiet ist.

Paris, 8. August. (W.B.) Nach einer Meldung des Sonderberichterstatters der „Agence Havas“ über die Nachmittagsitzung des Sachverständigenausschusses habe sich die Aussprache hauptsächlich auf die Beschlagnahme der staatlichen Bergwerke im Rheingebiet und der Dominialforsten auf dem linken Rheinufer erstreckt.

Das polnische Parteiwesen.

P. Warschau, im August.

Sich in das Parteiwesen eines fremden Landes einzuarbeiten, ist eine schwierige Aufgabe. Dies gilt selbst für Fälle, in denen es sich um Länder handelt, deren wirtschaftliche und geistige Grundlagen den unseren verwandt sind.

Heute zeigt das durchaus die Kennzeichen der Särung und der Unreife. Dies äußert sich nicht nur darin, daß es unverhältnismäßig viele Parteien gibt, darunter naturgemäß eine Menge unbedeutender und vorübergehender Gründungen, sondern vor allem in dem Fehlen klarer politischer Programme.

Scharf umrissene, in ihren Zielen selbständige Parteirichtungen, gibt es in Polen eigentlich nur drei: Sozialisten, Bauern und Nationaldemokraten. Charakteristisch für polnische Verhältnisse ist, daß diese Hauptparteigruppen sich im wesentlichen aus verschiedenen ehemaligen Teilgebieten rekrutieren.

Ueber das sozialistische Programm ist Besonderes nicht zu sagen. Das den Polen eigene starke Nationalgefühl trägt auch im polnischen Sozialismus bei nationalen Streitfragen internationale Besinnung schwer auskommen.

Die Bauern sind in verschiedene Parteien gespalten, wobei außer Streitigkeiten der Führer auch die verschiedene Besitzgröße eine Rolle spielt. Alle Bauernparteien vertreten lediglich enge Standesinteressen, wozu das niedrige kulturelle Niveau breiter Massen der bäuerlichen Bevölkerung stark beiträgt.

Interessant ist die Vorgeschichte der Nationaldemokratie. Ursprünglich war die nationaldemokratische Bewegung eine politische Unabhängigkeitsbewegung. Sie hatte daher in Galizien, wo die Polen keiner politischen Bedrückung ausgesetzt waren, nur geringe Erfolge.

Die einzige außenpolitische Konzeption neben der nationaldemokratischen, die in Polen politische Bedeutung hat, ist der Gedanke eines föderalistischen Staatenbundes von den Balkanstaaten bis zur Ukraine, der vor allem einer Wiederherstellung Rußlands in seinen alten Grenzen vorbeugen soll.

Von den sozialistischen Parteien, die man nicht genannt hat, sind einige Fraktionen der Nationaldemokratie, andere wieder umschließen bald mehr liberal, bald mehr konservativ gestimmte Gruppen des Bürgertums. Mit Ausnahme etwa der Nationalen Arbeiterpartei, die, außer in reinen Klassenfragen, von der Nationaldemokratie beeinflusst wird, und den galizischen Konservativen, die einen Teil ihrer Bedeutung aus der Zeit der österreichischen Herrschaft noch gerettet haben, sind alle diese kleinen Gruppen für das politische Leben Polens ohne große Bedeutung. Insbesondere hat die bürgerliche Demokratie in Polen es bisher immer nur zu schwachen und kurzlebigen Organisationen gebracht.

Freilich darf man bei einer Betrachtung des polnischen Parteienwesens nicht vergessen, daß in Polen viele Millionen Nicht-Polen: Deutsche, Juden, Ukrainer, Weißrussen, Litauer leben, die je nach ihrer nationalen Eigenart und der sozialen und kulturellen Schichtung ihrer Stammesangehörigen eine besondere eigentümliche Entwicklung ihres Parteienwesens haben. Da in Polen bisher leider eine Politik der Entrechtung der Minderheiten getrieben worden ist, besteht für Polen selbst die Gefahr, daß diese Minderheiten sich nicht organisch dem politischen Leben des Staates einfügen, sondern in Wahrung ihrer bedrohten Interessen eine oppositionelle Stellung einnehmen, vielleicht sogar als Minderheitenpartei einen einheitlichen Block bilden. Den Schaden von einer solchen Entwicklung würde Polen selbst haben, und die Verantwortung hierfür der polnische Chauvinismus, d. h. in erster Linie die Nationaldemokratie tragen.

## Ludendorff contra „Vorwärts“.

Eine Erklärung zum Brief an Sonntag.

Am 30. Juli erhielt der „Vorwärts“ eine Zuschrift des röstlichen Herrn Sonntag, in der dieser seine vertraulichen Beziehungen zu Ludendorff bestritt. Im Anschluß an diese Zuschrift veröffentlichten wir als Gegenbeweis einen Brief Ludendorffs an Sonntag vom 28. Juli v. J., worin Ludendorff seinen „lieben Herrn Sonntag“ bat, einen öffentlichen Angriff gegen den General Hoffmann zu unternehmen, jedoch nicht merken zu lassen, von wem dieser Angriff ausgehe. Hoffmann sei mit einer Jüdin verheiratet und habe ihr während des Krieges Briefe geschrieben, deren wichtiger Inhalt den Feinden bekannt geworden sei. Ihr politischer Salon sei auf sein, Ludendorffs, Bestreben von Hindenburg verboten worden. Hoffmann hätte sich einmal so betrunken, daß er einen Schlaganfall bekam; er sei ein Schädling, der in echt jüdischer Weise vaterländische Werte zerstöre.

Zu diesem Brief erklärt Ludendorff jetzt durch Tl. folgendes:

Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein von mir vor Jahresfrist an den Berliner Schriftsteller Herrn Sonntag gerichtetes Schreiben, in dem ich, gegen Äußerungen des Generals Hoffmann Stellung zu nehmen. General Hoffmann hatte sich damals öffentlich wenig vorichtig über mich ausgesprochen. Ich mußte dadurch um so mehr verlegt sein, als General Hoffmann in schweren Kriegsjahren mein volles Vertrauen besessen hat. Ich habe ihn selbst aus Wertschätzung seiner militärischen Fähigkeiten als meinen Nachfolger in der Stellung als Chef des Generalstabes beim Oberbefehlshaber Ost vorgeschlagen. Anzwischen hat General Hoffmann mir schon vor Jahresfrist durch eine ritterliche Erklärung Genugtuung gegeben. Auch wurde mir versichert, daß die Falschbriefe des Generals Hoffmann an seine Frau verbotene Mitteilungen nicht enthielten und daß Frau Hoffmann allein aus patriotischen Beweggründen handelte. Die Angelegenheit ist somit seit langem erledigt.

Wenn sich der „Vorwärts“ aus der engen parteipolitischen Anschauung befreien könnte, dann würde das Blatt erkennen, wie wenig dem deutschen Volke mit dem Hervorheben von alten und vergessenen persönlichen Unstimmigkeiten gedient ist. In unserer verzweiflungsvollen Lage wäre es jetzt an der Zeit, nicht rückwärts, sondern vorwärts zu sehen. Die Lage erfordert die Sammlung aller wirtschaftlichen, sozialen, ethischen (!) und

physischen Kräfte zu vaterländischer Arbeit, die frei von jeder Selbstsucht sein soll.

Herr Ludendorff beschäftigt hiermit die Echtheit seines Schreibens. Er gibt zu, daß er einen obskuren antisemitischen Journalisten aufgehebt hat, gegen seinen alten Kriegskameraden und dessen Frau schmutzige Verleumdungen auszustreuen, die er jetzt nicht mehr aufrechterhält, und daß er sich dabei hinter jenen Journalisten versteckt hat, weil ihm der Mut fehlte, seine unwahren Behauptungen mit seiner Person zu decken.

Wenn Herr Ludendorff im Anschluß an diese Affäre die Dreistigkeit aufbringt, dem „Vorwärts“ Belehrungen zu erteilen, so brauchen wir nicht erst zu sagen, mit welchen Gefühlen wir das ablehnen. Es zeugt von einer geradezu lächerlich falschen Einstellung, wenn er meint, sein Krakeel mit General Hoffmann, mag er nun ehrenrätlich beigelegt sein oder nicht, habe mit der „Einigkeit des deutschen Volkes“ irgend etwas zu schaffen. Wenn nun gar Herr Ludendorff in diesem Zusammenhang von Ethik redet, so läßt sich das nur so erklären, daß ihm die Bedeutung dieses Begriffes nicht geläufig ist. Darüber dürfte in der Öffentlichkeit ohne Unterchied der Partei kein Streit bestehen, daß bei einer „Sammlung der ethischen Kräfte“ Leute, die solche Briefe schreiben wie Herr Ludendorff, so weit wie möglich draußen zu bleiben haben.

## Düringer gegen die Völkischen.

Die Schuld an den Attentaten.

Der „Tag“, das Organ der Hugenberg-Richtung in der Deutschnationalen Partei, veröffentlicht einen Aufsatz des aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgeschiedenen Abgeordneten Professor Düringer. Dieser zitiert verschiedene bekannte Äußerungen von Graefe und Henning, um hinzuzufügen, nach solchen Äußerungen dürfe man sich nicht wundern, wenn die Gegner „rühmlichst mit einem Schein von Berechtigung“ einen Zusammenhang mit den begangenen Freveltaten behaupten. Dann fährt er fort:

Gegen solche Erkenntnis darf man sich aber auch nicht aus rein parteipolitischen Gründen verschließen. Es genügt nicht, daß man sich gegenüber den Attentaten auf sein gutes Gewissen berufen kann, daß man beweist, man habe keine Ahnung von ihnen gehabt. Es genügt nicht, daß man sie ebenso verurteilt wie die politischen Gegner. Man muß den Gekst ausschalten, aus dem sie geboren sind.

Die Erkenntnis, daß es so doch wohl nicht weitergehen kann, hat die gemäßigten Elemente in fast allen Parteien wieder mehr zur Geltung kommen lassen. Allerdings, in der Deutschnationalen Partei scheint sie noch nicht zum Durchbruch gekommen zu sein. Möge die Partei den an sie ergehenden Warnungsruf nicht überhören, damit es nicht, wenn es zu spät ist, von ihr heißt: Quem deus perdere vult, demerit. (Wer Gott verderben will, den nimmt er den Verstand.)

Die offizielle Parteikorrespondenz der Deutschnationalen hatte einen ähnlichen Aufsatz Düringers in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ als eine „Barricade-Lat“ (Mord an Blutsverwandten) und als einen „Dolchstoß“ bezeichnet. Das hat den „Tag“ nicht gehindert, Herrn Düringer nochmals seinen Dolch gegen die Deutschnationale Partei schwingen zu lassen, deren Leitung nach beiden Seiten hin die Fäden völlig aus der Hand verloren hat. Von einer einheitlichen Partei kann unter solchen Umständen längst nicht mehr die Rede sein.

## Der Schülerlaß des Kultusministers.

Die Rechtsblätter fühlen sich heute vor den Kopf geschlagen. Das Selbstverständliche haben sie doch nicht erwartet, daß in den Schulen in Zukunft die Erziehung zum Bürger der deutschen Republik im Sinne der Reichsverfassung von ihnen nicht mehr gefährdet werden darf. Die „Deutsche Tageszeitung“ sammelt einige zusammenhanglose Bemerkungen, die sich gegen die verhassten Schulreformer, gegen den Minister Boelzig, der früher doch „anders als die anderen“ gewesen sei, und gegen noch einiges, das ihr selbst noch nicht

reife klar geworden ist, richten. Wesentlich amüsanter ist die „Kreuzzeitung“. Deswegen sei wiedergegeben, was sie zu dem Schülerlaß des Kultusministers Boelzig zu sagen weiß.

Die „Deutsche Volkspartei“, deren Minister hier zu uns spricht, hat sich dem „Geiste der neuen Zeit“ recht gut anzupassen gewußt. In diesem Geiste wird kein Sozialdemokrat etwas auszusagen haben. Denn aller Redensarten entkleidet, entspricht er ganz den Forderungen, die im Interesse der republikanischen „Säuberung“ von links erhoben werden. Die „mehr oder minder politisch beziehungsweise parteipolitisch gefährdeten Jugendverbände und Schülervereine“ haben sicher nur insoweit Interesse, als sie der bestehenden Staatsform nicht gemäß, das heißt nicht einwandfrei republikanisch sind.

Wir hoffen, daß die „Kreuzzeitung“ recht hat; der Sinn des Schülerlasses ist ja von ihr ganz gut erfasst worden.

## Die bayerischen Verhandlungen.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld ist in Begleitung des bayerischen Innenministers Schweger und des Justizministers Guertner in Berlin eingetroffen. Die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz bzw. die bayerische Verordnung dazu haben im Laufe des Vormittags beim Reichspräsidenten Ebert begonnen. An den Verhandlungen nehmen der Reichskanzler und die beteiligten Reichsressorts teil. Nach den eintreffenden Verhandlungen beim Reichspräsidenten wurden sie beim Reichskanzler Dr. Wirth fortgeführt. Es erfolgte zunächst eine allgemeine Aussprache, an die sich heute Nachmittag Einzelbesprechungen knüpfen werden. Die Verhandlungen werden morgen vormittag fortgesetzt werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Verhandlungen noch in dieser Woche zum Abschluß gelangen.

## Tagung der Internationale.

Brüssel, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag und Dienstag tagten, wie der Sozialistische Parlamentsdienst meldet, in Brüsseler Gewerkschafts-Internationale, der Londoner Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft, um gemäß den auf der letzten gemeinsamen Amsterdamer Konferenz gefaßten Beschlüssen eine Enquete über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland vorzubereiten. Von der Gewerkschaftsinternationale waren anwesend die Genossen Gimmen und Souhauz, von der Londoner Internationale die Genossen Dr. Adolf Braun, Brouquere und Tom Shaw. Die Wiener Arbeitsgemeinschaft war durch die Genossen Leon Blum, Danneberg und Wallace vertreten. Die Konferenz einigte sich auf einen Plan, der von Leon Blum, Tom Shaw und Brouquere ausgearbeitet worden war, und der sich mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland befaßt. Die verschiedenen Probleme wurden in einem Fragebogen zusammengestellt, an Hand dessen schon in den nächsten Tagen die Unterlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland beginnen soll. Das Untersuchungsergebnis soll bis Ende September bzw. Anfang Oktober fertiggestellt sein und dann in verschiedenen Sprachen veröffentlicht werden. Anschließend ist eine neue Konferenz beabsichtigt, die jedenfalls in Paris stattfinden wird, und deren Aufgabe sein soll, den beantworteten Fragebogen zur Grundlage endgültiger Beschlüsse zu machen.

Im Zusammenhang mit den zur Erörterung stehenden Fragen legt Danneberg der Konferenz einen Bericht über die österreichischen Verhältnisse vor. Der Bericht wurde mit großem Interesse ausgenommen. Beschlossen wurde, den Arbeitern aller Länder die Lebensbedingungen der österreichischen Arbeiterschaft bekanntzugeben. Diese Bekanntgabe betont die Notwendigkeit einer schnellen und tatkräftigen Hilfe und appelliert an alle gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, in diesem Sinne auf die Regierungen einzuwirken.

## Ebbe und Flut als Energiequelle.

Daß in der Bewegung so großer Wassermassen, wie sie durch Ebbe und Flut entsteht, ein ganz ungeheurer Energiehaushalt liegt, ist selbstverständlich. Versuche, seinen Wert zu berechnen, haben gezeigt, daß wir darin nach der Sonnenstrahlung die größte Energiequelle vor uns haben, die wir auf Erden besitzen. Ihr Arbeitswert ist auf die schwebende Zahl von 11 Trillionen Pferdekraftjahre veranschlagt worden. Damit würde sich der gegenwärtige Energiebedarf für 40 Milliarden Jahre decken lassen. Allerdings darf man die vorhandene Energie nicht mit der ausnützbaren Arbeitsmenge verwechseln. Zunächst ist nicht zu vergessen, daß sich ein ganz erheblicher Teil durch Brandung an den Felsküsten nutzlos verzehet. Die Hauptschwierigkeiten aber liegen darin, daß die verfügbare Energiemenge nicht nur im Verlauf von 24 Stunden, sondern auch während der verschiedenen Jahreszeiten sehr stark schwankt, da ja die jeweils angebotenen Wassermengen immerfort zu- und abnehmen (Springflut, Rißflut usw.). Um da einigermaßen einen Ausgleich zu schaffen, muß man das Stauwasser stauen. Dazu gehören an den meist flachen Meeresküsten Becken von geradezu riesiger Ausdehnung. Diese Becken sollten sich sehr schnell füllen und entleeren lassen. Dem steht aber der Umstand entgegen, daß man Schüttnöffnungen nur in beschränkter Anzahl einbauen kann und sie an bestimmten Stellen konzentrieren muß. Die sehr große Verordnungsgefahr ist gleichfalls in Betracht zu ziehen.

Das Verdienst, die Aufgabe der Gezeitenverwertung auf dieser Grundlage zuerst im großen Maßstab in Angriff genommen zu haben, gebührt, wie wir einer Darstellung von Hans Günther in „Natur und Technik“ entnehmen, dem Hamburger Ingenieur C. F. Pein, der um 1910 mit dem Plan eines großen Elektrostauwerkes herauskam, das bei Hulum an der Nordsee errichtet werden sollte. Zur Durchführung des Projekts wurde die „Wasserkraft-Anlagen G. m. b. H.“ gegründet. Hulum war als Standort gewählt worden, weil es bei den für die Nordsee recht günstigen Flutverhältnissen in der dem Festland dort vorgelagerten Insel Nordstrand und dem sie mit dem Festland verbindenden Damm gute Vorbedingungen zur Schaffung großer Staubecken mit möglichst einfachen Mitteln besitzt. Die Betriebskosten des Werkes waren seinerzeit einschließlich Verzinsung und Amortisation des 4,8 Millionen Goldmark betragenden Anlagekapitals auf 500 000 Goldmark geschätzt. Daraus errechneten die eingeholten Gutachten den Gesteignungspreis für die Pferdekraftstunde zu 1,6 Goldpfennig, ein äußerst geringer Betrag. Die ganze Berechnung ist indessen von sachmännlicher Seite angefochten worden.

Demnach kann nur der praktische Versuch zeigen, wie die Sache sich in Wirklichkeit verhält. Diese Ansicht vertrat auch die Wasserkraftanlagen G. m. b. H. auf die Einwürfe der Gegner hin, zu deren

Prüfung sie den Bau einer Versuchsanlage beschloß. Dieses Probebauwerk wurde im Herbst 1913 fertiggestellt; die Leistung war klein. Der Ausbruch des Weltkrieges zwang zur Einstellung der Versuche und zum Abbruch des Probebaues. Daraus, daß er wieder aufgegriffen worden sei, hat man bis heute nichts gehört.

Doch das, was der Krieg hier verdorben hat, hat er anderwärts wieder gut gemacht. Denn seit alle Länder die Folgen der Kohlennot spüren, hat allorten ein Suchen nach neuen Kraftquellen eingesetzt, das Frankreich und England, die beide Küsten mit sehr starken Flutwellen haben, schnell auf die Begegnen brachte. In beiden Ländern hat die Regierung die Sache in die Hand genommen, in Frankreich vorerst mehr piktisch; mit einer Kommission, die den Bau eines Versuchswerks in der Nähe von Drest begutachten soll; in England ernsthaft, da der Verkehrsminister der Öffentlichkeit jüngst einen mit dem Namen bekannter Ingenieure verknüpften Plan vorgelegt hat, dessen Durchführung an der Mündung des Severn das größte Kraftwerk der Erde schaffen würde: mit 1 Million Pferdekraften Spitzenleistung gegenüber den 385 000 PS der Niagarawerke, die heute noch den Weltrekord halten. Nach der Fertigstellung wird das Werk England jährlich dreieinhalb Millionen Tonnen Kohlen sparen. In der Fachpresse sind die Ziffern mit großer Steifheit aufgenommen worden, wobei darauf hingewiesen wurde, daß es nötig sei, vor der Ausführung eines so ungeheuren Planes erst einmal gründliche physikalisch-technische Untersuchungen anzustellen, um das ganze Problem der Gezeitenverwertung im allgemeinen und für den Severn im besonderen wissenschaftlich zu fundieren. Dieser Ansicht scheint auch die englische Regierung zu sein, so daß wohl ein entsprechender Beschluß gefaßt werden wird.

Die Sonnenflecken und unser Wetter. Seit dem März d. J. hat sich auf unserer Sonne keine größere Sonnenfleckengruppe mehr gezeigt; es treten nur noch mäßige Gruppen auf, und manchmal zeigte sich das Anfließen der Sonne sogar ziemlich fleckenfrei. Der Minimum der Sonne hat auffallend nachgelassen, wir sind in ein Minimum der Sonnenaktivität eingetreten. Das letzte große Maximum fand statt im August 1917, man hat also nach der durchschnittlich eintägigen Periode des nächsten Maximum im Sommer oder Herbst 1928 zu erwarten. Zwischen den beiden Maxima tritt naturgemäß ein Minimum ein. Erfahrungsmäßig stellt sich dies meist im lebenden Jahre nach dem Maximum ein. Es war also im Jahre 1924 fällig und hat sich diesmal um zwei Jahre verzögert. Es ist bekannt, daß die Sonnenfleckenaktivität in dem Wetter unserer Erde deutlich zum Ausdruck kommt. Die Maximaljahre mit ihrer erhöhten Ertragsfähigkeit zeitigen Jahre, in denen unser Wetter zwischen starken Extremen schwankt; wir haben dann heiße Sommer und oft recht kalte Winter. Die Sonnenfleckenjahre sind von jeher als gute Weinstahre angedeutet. Dagegen zeichnen sich die Jahre, in denen die Sonnenfleckenaktivität schwach ist, die Minimaljahre, durch ein mehr ausgeglichenes Klima aus. Die Sommer sind kühl und regnerisch, die Winter milde und ohne starken Frost. Der ver-

gangene strenge Winter stand ersichtlich noch unter dem Einfluß einer starken Ertragsfähigkeit auf der Sonne. Unser jetziger Sommer tritt klar als ein Sommer eines Maximums auf, und wir dürfen auf den kommenden Winter der erfreulichen Schluss wagen, daß er ganz erheblich milder verlaufen wird als der letztvergangene.

In einer Woche zum Pol und zurück. Der Flieger der Schadleton-Expedition Major R. Carr, der jetzt nach London zurückgekehrt ist, erdrierte die großen Möglichkeiten, die der Polarforschung durch das Luftfahrzeug eröffnet werden, und meinte, man würde in nicht zu langer Zeit durch die Luft in einer Woche zum Nordpol reisen und zurück. „Ich bin vollkommen überzeugt“, sagte er, „daß wir die alten Methoden der Polarforschung überwinden haben und daß man in Zukunft während der Sommermonate ganz leicht zu den Polen gelangen wird. Wenige Leute machen sich eine richtige Vorstellung davon, wie milde die Sommer im Nord- und Südpolkreis sind. Das neueste deutsche Luftschiff ist imstande, eine Reise nach dem Nordpol und zurück nach London, also eine Strecke von etwa 7000 Kilometern innerhalb einer Woche auszuführen. Betriebsstoff kann für die ganze Strecke mitgenommen werden, und keine Landung ist nötig. Infolge der Veränderungen in den Plänen der Schadleton-Expedition konnte Major Carr den von ihm beabsichtigten großen Flug zum Nordpol nicht ausführen, hat aber bei seinen zahlreichen Flügen in der Antarktis wertvolle Erfahrungen gesammelt. Die Witterungsbedingungen waren außerordentlich günstig. Während der 7 Wochen, die sie im ewigen Eis verbrachten, betrug die Durchschnittstemperatur etwa 20 Grad und die durchschnittliche Windstärke etwa 15 Kilometer die Stunde. Himmel und Luft waren vollkommen klar, und die Zahl der vorzüglich zum Fliegen geeigneten Stunden betrug mehr als 300. Unter solchen Bedingungen kann das Flugzeug ohne Schwierigkeiten und Gefahr verwendet werden und der Fortschritt wertvolle Dienste leisten. Wäre es möglich gewesen, an dem südlichsten Punkt, den unser Schiff erreichte und an dem es wegen der Eisverhältnisse die Weiterfahrt aufgeben mußte, mit dem Flugzeug 150 Kilometer weit vorzubringen, dann würden wir wahrscheinlich unbekanntes Land entdeckt und photographische Annahmen haben machen können.“

Der Beitritt der Vereinigten Staaten zur Berner Übereinkunft. Der Kongreß hat endlich, wie berichtet wurde, das Gesetz angenommen, das den Eintritt der Vereinigten Staaten in die internationale Berner Literatur-Union vorbereitet. Der betreffende Gesetzesentwurf beendete damit einen seit 35 Jahren geführten Kampf. Der Präsident erhält die Ermächtigung, den Beitritt zu der am 13. November 1908 in Berlin unterzeichneten revidierten Berner Übereinkunft zum Schutze des Urheberrechtes an Werken der Literatur und Kunst zu unterzeichnen, ebenso zu dem Zusatzprotokoll dazu. Die Bestimmungen über Urheberrecht, Schutzfrist usw. werden dann den europäischen Gebräuchen, wie sie in jenen Übereinkünften festgelegt sind, angepaßt. Ausdrücklich wird vermerkt, daß gewisse Bestimmungen, wie der Schutz des Copyright-Vermerkes, die Hinterlegung, Eintragung usw., in Fortfall kommen. Namentlich die Künstler werden diese Bestimmungen mit Freude begrüßen.

Eine Föhrlich wurde ab 1. November an das „Renaissance-Theater“ verpflichtet, das im Herbst neu eröffnet werden soll.

# Wilson und Clemenceau.

## Enthüllungen des Wilsonschen Pressescheß Baker.

Die „M.Z.“ läßt sich aus New York über Enthüllungen berichten, die Baker, der frühere Pressescheß Wilsons, in einem Zeitungsfeuilleton in Fortsetzungen unter der Ueberschrift: „Amerika und der Weltfrieden“ einer breiteren Öffentlichkeit bekanntmacht. Baker bemüht sich, Wilson als den mißverstandenen, im besonderen aber auch von Clemenceau betrogenen Friedensapostel darzustellen. Diese persönliche Stellungnahme, deren Berechtigung von anderer Seite erheblich bestritten wird, ist nicht des Wichtigsten der Enthüllungen. Viel beachtenswerter ist, was Baker über Clemenceaus Politik in der Zeit vor und nach Abschluß des Vertrages von Versailles zu sagen weiß. Er gruppiert die Absichten in vier große Ziele. Das seien gewesen:

1. Militärische Intrigen zwecks Entfaltung eines separatistischen Aufstandes längs des linken Rheinufers, um durch einen Handstreich zu erringen, was durch Verhandlungen nicht zu erreichen war.
2. Wirtschaftliche Intrigen, um Frankreich die Vorhand in allen drei Besatzungsgebieten des Rheinlandes zu sichern und zugleich Deutschlands wirtschaftliche Beziehungen mit dem Rheinlande zu vernichten oder wenigstens unwiderbringlich zu schädigen.
3. Andere Pläne, um Deutschland zu zerstückeln.
4. Billige Verträge, den schon vereinbarten Text des Friedensvertrages so umzugestalten, daß Deutschland noch über die Absichten der vier Staatsmänner hinaus (Clemenceau, Lloyd George, Wilson und Orlando) geschädigt und Frankreich bereichert würde.

Die militärischen Intrigen wurden durch Werkzeuge eingeleitet, die Baker nennt, er spricht von „einem gewissen Dr. Dorten und einer Bande von Verschwörern“. Sie unterhielten lebhafteste Beziehungen mit General Mangin, dem Befehlshaber der französischen Besatzungstruppen links des Rheines. Ein Alarmruf des Kölner Bürgermeisters machte einen Strich durch die ersten Vorbereitungen. Lloyd George verlangte von Clemenceau Erklärungen. Dieser leugnete, General Mangin ließ Dorten ruhig weiterwühlen. Das ging so lange, bis Wilson durch den General der amerikanischen Truppen am Rheine, Pershing, Mitteilung davon bekam, daß Mangin in das Gebiet der amerikanischen Armee mehrere Dutzend „Deputierte“ schicken wollte, die zur Vorbereitung der politischen Revolution am westlichen Rheinufer bereit zu stehen hätten! Da scheint auch Wilson etwas gemerkt zu haben, denn er hat Clemenceau gefragt, was jene merkwürdigen Vorbereitungen auf sich hätten. Hier konnte Clemenceau nicht anders, er zog seine Hände offiziell von Dorten zurück.

Damit waren aber nach den Mitteilungen der „D. N. Z.“ die französischen Absichten und Verläufe, eine Politik zu treiben, an die Wilson bisher nicht gedacht hatte, durchaus nicht erledigt. Nunmehr wollte Foch Süddeutschland vom Reiche abtrennen. Er fiel vor dem Rat der Vier recht deutlich ab. Wenn Clemenceau damals bestimmte deutschnationalistische Kreise in Süddeutschland so gut gekannt hätte, wie sie ihm heute vertraut sind, vielleicht wäre es dann nicht bei der Abfuhr Fochs geblieben.

Baker weiß weiter zu erzählen, daß Frankreich immer wieder versucht habe, einzelne Bestimmungen des Vertrages im letzten Moment durch kleine Korrekturen in ihr Gegenteil zu verkehren. Das habe Wilson mehrere Male entdeckt. Wozu oft und in den Kernfragen scheint es ihm nicht gelungen zu sein, denn sonst würde Baker, der ihn verteidigt, nicht vergessen haben, darauf hinzuweisen.

**Der neue Landeshauptmann für die Grenzmark.** In der Sitzung des Provinziallandtages am Dienstag, den 8. August, wurde zum Landeshauptmann der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen der Genosse Bürgermeister Dr. Caspari-Brandenburg a. d. H. mit 18 gegen 11 Stimmen gewählt. Nach erfolgter Wahl gab die Deutschnationalen die Erklärung ab, nicht in heimischer Weise dem Landeshauptmann die Mittel für seine Arbeit zahlen zu wollen, sondern möglichst großzügig zu sein.

**Verbot eines deutschnationalen Mitteilungsblattes.** Auf Grund der Befehle zum Schutze der Republik wurde vom braunschweigischen Staatsministerium das Mitteilungsblatt der Deutschnationalen Volkspartei des Landes Braunschweig „Volk und Vaterland“ auf die Dauer von sechs Monaten verboten. Das Verbot erfolgte mit Rücksicht auf einen Artikel, in dem eine Beschimpfung des früheren Minister Roeser (Deutsche Volkspartei) enthalten ist.

**Waffenfund bei Rathenow.** In Premnich bei Rathenow wurden bei einem Besuche unter dem gedrohten Getreide zwei Maschinengewehre, 1000 Schuß Munition und sechs Gewehre gefunden und beschlagnahmt.

**Keine Auswanderung der Gebrüder Balach.** Im Straßburger „Republique“ dementieren die Gebrüder Balach die Nachricht, daß sie ihr Schloß verkauft und die Absicht hätten, nach Deutschland auszuwandern.

## Devisenkurse.

Die wenig erfreulichen Meldungen aus London riefen am heutigen Devisenmarkt eine verstärkte Nachfrage hervor. Der Dollar wurde in der Mittagszeit bereits mit 800 gehandelt. Am Effektenmarkt breitet sich die Haussebewegung immer weiter aus. Bei stürmischem Geschäft sprangen die Kurse am Montanmarkt wieder um Hunderte von Prozenten. Während sich gestern die Hausse in der Hauptsache auf die westdeutschen Montanpapiere erstreckte, nahmen heute auch die oberdeutschen Werte, insbesondere Hohenlohe, an der Bewegung teil. Auch am Markt der Kalkaktien gehen die Kurse in stollem Tempo nach oben. Ferner macht sich eine zunehmende Nachfrage nach Terrainaktien bemerkbar. Uebershaupt spielt heute der Gesichtspunkt des Sachwertes bei der einzelnen Aktiengesellschaft wieder eine stärkere Rolle.

Die amtliche Kurstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

	9. August		8. August	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs
100 holländische Gulden . . .	80267.10	80887.60	20563.00	20887.00
1 argentinischer Papier-Peso . . .	—	—	275.90	276.90
100 belgische Franc . . . . .	—	—	5847.65	5892.35
100 norwegische Kronen . . . . .	13338.30	13396.70	13053.85	13091.35
100 dänische Kronen . . . . .	16634.15	16693.85	16329.55	16370.45
100 schwedische Kronen . . . . .	20124.80	20173.20	19575.10	19924.90
100 russische Mark . . . . .	1707.83	1712.15	1609.95	1614.05
1 japanischer Yen . . . . .	—	—	—	—
100 italienische Lire . . . . .	—	—	3473.63	3484.35
1 Pfund Sterling . . . . .	—	—	3400.70	3400.20
1 Dollar . . . . .	—	—	793.04	793.94
100 französische Franc . . . . .	—	—	6152.25	6197.75
1 brasilianischer Milreis . . . . .	—	—	103.87	103.93
100 Schweizer Franc . . . . .	—	—	14481.90	14168.10
100 spanische Peticas . . . . .	—	—	11735.80	11764.70
100 österr. Kronen (abgelt.) . . . . .	1.50 1/2	1.54 1/2	1.43 1/2	1.49 1/2
100 sibirische Kronen . . . . .	1902.50	1907.50	1875.65	1880.85
100 ungarische Kronen . . . . .	52.93	53.07	48.48	48.57
100 bulgarische Dena . . . . .	462.40	463.60	451.40	452.60

# Die Kosten einer Seereise.

Wer vom Ausland spricht, spricht auch von Saluta und wer von einer Reise ins Ausland spricht, wird über Salutschmerzen klagen. So wird der Ueberschrittspreis auch auf deutschen Schiffen zum Teil schon in ausländischer Währung berechnet. Das will aber nicht viel bedeuten. Immerhin ist es im Augenblick noch günstiger, wenn der Fahrpreis, wie es z. B. in der dritten Klasse nach Südamerika der Fall ist, in Mark erhoben wird. Ein solche Fahrt von Hamburg über den Atlantik nach Rio de Janeiro und Buenos Aires einschließlich Verpflegung kostet in der modernen dritten Klasse auf den Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie 10—12 000 M. und wer eine Reise in der Kajüte eines Frachtdampfers nach spanischen oder italienischen Häfen machen will, kann mit 7500 M. und einem täglichen Verpflegungsgeld von 175 M. auskommen. Über auch die „billigsten Preise“ sind für die meisten, die von Wanderlust ergriffen, hinausliegenden Mächten in die weite Welt, noch viel zu hoch. Es bleibt das Vorrecht derjenigen, die selbst in der Zeit der allgemeinen Not noch mit genügend Geldmitteln segelnd sind oder deren dollarschwere Verwandte hier helfen eingreifen, Deutschland auf kürzerer oder längerer Zeit, vielleicht auch für immer zu verlassen. Die hohen Preise und die geringen Einkommen bilden gleichsam eine Barriere, über die der Durchschnittsdeutsche nicht hinwegkommen kann. Welche Preise für Fahrten nach den einzelnen Weltteilen gefordert werden, möge am Hand des Tarifes der Hamburg-Amerika-Linie gezeigt werden:

Reiseort	Klasse	Preis	Währung
Hier Port	1. Klasse	125—130	Dollars
	2. Klasse	102.50	—
	3. Klasse	125—135	—
Rosaba	1. Klasse	102.50	—
	2. Klasse	84	Pfd. Sterl.
Cuba	1. Klasse	19	—
	2. Klasse	15	—
Regila	1. Klasse	20	—
	2. Klasse	16	—
Guacaca	1. Klasse	190	Dollars
	2. Klasse	150	—
Rio de Janeiro	1. Klasse	40	Pfd. Sterl.
	2. Klasse	31	—
Buenos-Aires	1. Klasse	45	12000 Mark
	2. Klasse	36	Pfd. Sterl.
	3. Klasse	27	—
Singapore	1. Klasse	75	12000 Mark
	2. Klasse	60	Pfd. Sterl.
Santien	1. Klasse	85	—
Yokohama	1. Klasse	90	—
Raphadt	1. Klasse	62.10	—
	2. Klasse	47	—
	3. Klasse	35	—
Spanische Häfen, Kajüte ohne Verpflegung	—	7500	Mark
Italienische Häfen, Kajüte ohne Verpflegung	—	7500	—

Wer aber bescheiden ist, kann auch schon für 125 M. über das Meer fahren und zwar von Swinemünde nach Billau oder für 100 M. von Stettin nach Rügen und zurück. Für den Berliner kommt allerdings noch die Bahnfahrt hinzu und selber sind auch die Gesamtkosten so hoch, daß auch hier der Kreis der „Seefahrer“ immer nur ein recht beschränkter bleiben wird.

## Der heulende Harras.

**Nächstliches Hundkonzert und seine Folgen.** Ist ein Hund ein willenloses Werkzeug? Ueber diese Frage wurde in einer Sitzung des Potsdamer Schöffengerichts längere Zeit verhandelt. Wegen ungebührlichen ruhestörenden Lärmes war die Bittenbesitzerin Stewert aus Potsdam angeklagt. Der hauptschuldige in diesem Prozeß war eigentlich ihr Hund „Harras“.

Harras hatte die Anwohner des stillen Beamtendistrikts an der Augustaviktoria-Straße zu Potsdam monatelang um ihre wohlverdiente Nachtruhe gebracht. Das Tier hatte Nacht für Nacht wie auf Kommando geheult. „Man konnte die Uhr danach stellen“, sagte ein Zeuge. Die Einwohner lagen nachts stehend aus den Fenstern und schrien den Hund an. Aber Harras heulte unermüdet weiter. Eine polizeiliche Verwarnung war gegen Frau S. ergangen, das scherte weder sie noch den Hund im geringsten. Die Anwohner hielten Zusammenkünfte, aber alles half nichts. In der Nacht vom 20. bis 21. Mai d. J. rief dem Ministerialrat von Hoffmann doch die Geduld, als der Hund bis 3 Uhr nachts seine Ruhe gestört hatte. Kurz entschlossen ließ er zum Hause der Frau S. läutele Sturm und verbot sich mit wenig schmeichelhaften Worten das Hundegeheul. Ein Anruf der Herrin genährte und der Hund war still. Die in ihrer Nachtruhe gestörten Bewohner erstatteten Anzeige und Frau S. erhielt wegen ungebührlichen ruhestörenden Lärmes einen Strafbescheid über fünfhundert Mark. Dagegen legte sie vor dem Potsdamer Schöffengericht Einspruch ein. Die Zeugen trugen dem Gericht ihre schmerzlichen Nächte dem Gericht vor. Es half aber alles nichts. Das Schöffengericht kam zu einer Freisprechung mit der Begründung, daß nicht der Beweis erbracht worden sei, daß der Täter die Absicht gehabt habe, ruhestörenden Lärm zu verüben. Der Hund sei kein willenloses Werkzeug. Es handelt sich hier um einen Wachhund und die Kläger müßten auf zivilrechtlichem Wege die Entfernung des Hundes anstreben.

## Unter falschem Verdacht.

Eine falsche Anzeige hat eine Krankenschwester in eine peinliche und schwierige Lage gebracht. Mitte Mai dieses Jahres ging eine Warnung vor zwei Krankenschwestern durch die Berliner Zeitungen. Hiernach sollte eine Frau Else Klein in der Maske einer Krankenschwester einer Frau, die ins Krankenhaus gebracht wurde, die Kleidung entwenden haben. Diese Anzeige hat sich als falsch erwiesen. Frau Else Klein ist wirklich Krankenschwester und hat, wie jetzt durch die Kriminalpolizei festgestellt ist, die Kleidungsstücke der Erkrankten nicht nur nicht entwendet, sondern sehr sorgfältig aufgehoben. Eine Reihe von Zufällen ließ diesen Tatbestand zunächst nicht erkennen, und die Einmischung eines Dritten, der eine falsche Anzeige erstattete, führte zu der öffentlichen Warnung. Die Kriminalpolizei hat die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben zur Einleitung eines Verfahrens gegen den Erstatler der Anzeige.

## Die Kera der Hoteldiebstähe.

Gestern nachmittag wurde ein südländisches Ehepaar um Schmuckstücken und andere Dinge im Werte von 1 1/2 Millionen Mark in einem der ersten Hotels am Kurfürstendamm bestohlen. Das Ehepaar ging gestern mittag aus, nachdem es die Zimmer abgeschlossen hatte. Als es abends um 8 1/2 Uhr zurückkehrte, fand es einen großen Koffer mit Gewalt erbrochen und eine Reisetasche aufgeschlitten. Ein unbekannter Dieb, der die Zimmer mit Nachschlüssel geöffnet haben muß, hatte aus beiden Behältnissen hohe Werte entwendet: Verträge und andere Dokumente; drei Scheidbücher von der Barlen-Bank in London; einen photographischen Apparat, der allein 150 000 M. wert ist; einen kleinen Koffer mit Selbstbildnis im Werte von 20 000 M.; zwei Perlenketten mit etwa 300 kleinen orientalischen Perlen im Werte von 150 000 M.; eine Anzahl kleine Lose Perlen im Werte von 30 000 M. und ein dreireihiges Perlenarmband mit Brillianten, das 500 000 M. wert ist; alles in allem für über 1 000 000 M.

Ein neuer großer Hoteldiebstahl wird aus der Friedrichstadt gemeldet. Am 17. v. Mts. kam ein Amerikaner Berner mit seiner Familie von New York nach England. Während die Familie dort blieb, reiste er am 1. August über Antwerpen und Köln nach Berlin, um hier wegen eines Unfalls am Kopf einen ihm in Amerika

empfohlenen Arzt aufzusuchen. Auf dem Bahnhof in Antwerpen traf er eine etwa 25 Jahre alte Dame, die verschiedene Sprachen beherrscht und ihm bei der Lösung der Fahrkarte behilflich war und mit der er gemeinsam weiter reiste und schließlich in einem Hotel in der Friedrichstadt ein gemeinsames Zimmer bewohnte. Dessenhalb tat die Dame sehr vertraut mit ihrem Reisebegleiter. Heute morgen ging der Amerikaner zum Arzte, die Dame angeblich zur Friseurin. Von diesem Gange lehrte sie nicht zurück. Jetzt entdeckte der Mann, daß sie ihn um zwei Millionen bestohlen hatte. Er hatte für diesen Betrag zum größten Teil ausländisches Gold, das in die innere Westentasche eingenäht. Seine Begleiterin hatte die Tasche aufgetrennt und alles herausgenommen. Mitteilungen über den Verbleib der Diebin und ihrer Beute nimmt Kriminalkommissar Gannat im Zimmer 105 des Postzeitungsbüros entgegen.

## Jugendliche Strolche.

Die mit besonderer Energie eingeleiteten Beobachtungen der Bahnkörper in der Umgegend von Berlin haben gestern abend zu einem Erfolge geführt. In der letzten Zeit wurden mehrere Barortzüge von unbekanntem Täter beschossen oder mit Steinen beworfen. Eisenbahnbeamte und eine Patrouille der Schutzpolizei beobachteten gestern abend zwei Schüler eines Wilmerdorfer Gymnasiums, wie sie an der hölzernen Brücke zwischen den Stationen Halensee und Hohenzollerndamm Steine auf die Lokomotive warfen. Sie wurden festgenommen. Bei der Vernehmung gestanden sie, daß sie diesen Unfug mit zwei anderen Mitschülern seit einiger Zeit verübt hätten. Die Direktoren der Gymnasien wurden verständigt; die Schüler blieben in Haft.

**Reichswehr und Schupo.** Kürzlich berichteten wir im „Vorwärts“ über ruhestörenden Lärm, der eines Nachts in der Nähe der Kaserne des Reichswehrrückenschützenbataillons in Lichtenfelde sehr unlieblich aufstieß. Ein Besor unseres Blattes hatte angenommen, daß es sich dabei um Angehörige der Reichswehr handelte. Hierzu wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß Angehörige der Wehrmacht an jenen nächtlichen ruhestörenden Lärm nicht teilgenommen haben. Es habe sich bei dem fraglichen Vorfall um das Fest einer Schühengilde gehandelt, deren Angehörige zum Teil ihre grüne Vereinskleidung trugen.

An der deutsch-englischen Friedenskonferenz, die am Sonntag, den 20. August, vormittags 10 Uhr, im Saal und Garten der Brauerei Friedrichshain stattfindet, werden von englischer Seite teilnehmen: H. J. Beany, Maschinenbauer; W. B. Charlton, Generalsekretär des Durchsamer Maschinen- und Heizer-Vereins; Paul Descours, Schachmeister der M.Z. (International Arbitration League—Internationale Schiedsgerichts-Vereinigung); John Don, Stadtverordneter; Thomas Kennebec, Abgeordneter der Arbeiterpartei und Sekretär der Sozialistischen Föderation; Barnett Kennon, Bergarbeiter, Abgeordneter der Liberalen Partei; Fred Maddison, Generalsekretär der M.Z.; John Morgan, Vorsitzender der M.Z.; Oberst Sir Edward Bruce-Jones, früherer Abgeordneter der Konfessionspartei; W. A. Wilson, Bauarbeiter.

Die Kundgebung ist einberufen von der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend und dem Ortsrat der Groß-Berlin des Arbeiter-Bundes, in Gemeinschaft mit den Bezirksorganisationen der SPD. und USPD. Zutritt frei für Jedermann.

**Wiedereröffnung der Planschwiefe im Schillerpark.** Die im jüngsten Part Berlin, dem Schillerpark im Bezirk Wedding, angelegte hübsche Planschwiefe war während des Krieges trocken gelegt worden, so daß der Jugend des Berliner Nordens eine Quelle des Vergnügens und des Erholens verstopft war. Im vorigen Jahre konnte die Planschwiefe nur kurze Zeit zur Benutzung freigegeben werden. Jetzt sind dem Bezirk Wedding durch den neuen Haushaltsplan 40 000 M. zur Verfügung gestellt worden, so daß der „Betrieb“ der wasserführenden Jugend sich im Schillerpark wieder in alter Fröhlichkeit entwickeln kann. Besonders während der großen Ferien ist dies den Kindern zugute gekommen.

Die Bestattung des verstorbenen Genossen Gerich findet am Sonnabend, den 12. August, nachmittags 1 Uhr, von der Halle des neuen Friedhofes am Krematorium in Baumgartenweg, Riefholzstraße (Bahnhof Baumgartenweg) aus statt.

## Die Meuterei im Zuchthaus.

Zu der heute morgen von uns gemeldeten Meuterei im Brandenburgischen Zuchthaus wird uns telephoniert: In einer Abteilung des Zuchthaus Brandenburg waren sechs Mann zusammen und überfielen mittags nach 1 Uhr den wachhabenden Beamten. Man nahm ihm die Schlüssel ab und zog dann zu den anderen Räumen. Hier entwendete man den anderen Beamten ebenfalls die Schlüssel und versuchte, andere Sträflinge zur Flucht zu verleiten. Man hatte aber damit wenig Glück, denn nur zwei folgten ihnen. Diese acht Mann nahmen ihren Weg durch das hintere Tor, das an Gartenstraße grenzt. Hier überfielen sie einen Aufseher und brachten ihm blutige Verletzungen bei. Die sofort aufgenommene Verfolgung ergab, daß man sechs Mann zurückbrachte, während einer durch Erschießen sein Leben einbüßte und der andere noch flüchtig ist.

Der Oberstaatsanwalt von Potsdam hat sich mit dem Untersuchungsrichter nach Brandenburg begeben. Die Meuterei werden nicht nach Potsdam transportiert, sondern die ganzen Vorverhandlungen und auch die Hauptverhandlung gegen sie werden im Brandenburgischen Zuchthaus geführt.

**Bellen.** Im Walde bei dem Bahnhof Reustadt a. d. Dosse fanden Pilzjäger ein zwölffähriges Mädchen an einem Baum angebunden. Das Kind war ohnmächtig und fast verhungert. Zwei Männer hatten sich an dem Kinde schwer vergangen.

**Aussetzung der Haselchwäne.** Aus dem stillen See am Rosenparken in Sanssouci hat die Aussetzung von 19 ostpreussischen Schwänen, die für die Hasel bestimmt sind, stattgefunden. Beirout von einer Gansmutter schwimmen die jungen Tiere dahin. Dieser Aufenthaltsort ist nur ein vorübergehender, um die noch hungerigen Tiere, die sich nicht wehren können, vor ruchlosem Gefindel zu schützen.

**Amerikanisches Urteil gegen einen Tierhändler.** Von dem Gericht zu Malden, Massachusetts, wurde einem gewissen Raymond B. Putnam, weil er seinem Weibe nicht die gehörige Fütterung und Pflege hatte zukommen lassen, aufgegeben, drei Rächte lang im Stalle des Tierbes zu schlafen und das Pferd derweilen auf die Weide zu lassen; der Richter ließ den Angeklagten wissen, daß, wenn das Pferd nach vierzehn Tagen sich in besserem Zustande befindet, er von einer weiteren Strafe ablassen wolle.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Deutscher, 9. August:

12. 1/2. Abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in den Arminius-Hallen, Bremer Straße 78. Thema: Die Aufgaben des kommenden Parteitag. Referent: Genosse Klumpp.
21. 1/2. Abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in der Schulstraße 7. Thema: Die Aufgaben des kommenden Parteitag. Referent: Genosse Fiedler.

## Jugendveranstaltungen.

**Wächter! Verursacher Verhaft!** Die Mitgliederversammlung findet nicht heute, am 9., sondern erst am Mittwoch, den 16. 8. 22. statt.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, anfangs übermäßig bewölkt, mit leichten Regenschauern und leichten westlichen Winden. Später zeitweise aufklarend.

